

gabe der Schule an die Priesterschaft, die Einrichtung der sogenannten „katholischen Abtheilung“ im preussischen Kultusministerium u. s. w. u. s. w., nach und nach geltend zu machen wissen. Gar bald werden die verbündeten Regierungen zu diesem unermüdblichen Treiber dasselbe sagen müssen wie Gretchen zu Faust:

„ich habe schon so viel für dich gethan, daß mir zu thun fast nichts mehr übrig bleibt.“

Auch muß man die ultramontane Logik kennen. Jetzt stützt man sich auf ein räthselhaftes Gutachten des sonst gründlich geköpften Döllinger, wonach Jesuiten und Redemptoristen nicht miteinander verwandt sind. Haben sich die Redemptoristen erst festgesetzt, dann wird es heißen: die Jesuiten sind ganz ebenso vortrefflich wie die Redemptoristen, beide Orden sind gewissermaßen Zwillingbrüder, was einem recht ist, ist dem andern billig; also darf den Jesuiten die Rückkehr nicht länger vorenthalten bleiben.

Wir wüßten allerdings gegen eine solche Beweisführung nichts Erhebliches einzuwenden, denn Redemptoristen und Jesuiten sind Zwillingbrüder, einander zum Verwechseln ähnlich in ihrer geradezu gotteslästerlichen Sittenlehre, in ihrer eifrigen Vertretung der päpstlichen Welt Herrschaftsgelüste, in ihrer planmäßigen Beförderung des dicksten und dümmsten Aberglaubens, in ihrem glühenden Haß gegen die Reformation. Der Stifter des Redemptoristenordens, Viguori, hat sich selbst als Schüler und Bewunderer der Jesuitenmoral bezeichnet. Sein Hauptwerk ist eine Erläuterung der berückichtigten Sittenlehre des Jesuiten Busenbaum. Mit Gury wetteifert Viguori in der maßlosesten Anwendung der reservatio mentalis und der schamlosesten Ausbildung eines Lügensystems, an welchem Diebe und Ehebrecherinnen ihre helle Freude haben müssen. Auch bei den Redemptoristen spielt in dem Gelübde der Gehorsam, namentlich gegen den Papst, die größte Rolle. In der Pflege der Marienverehrung sind aber die Redemptoristen den Jesuiten noch über. Viguori hat sich nicht scheut zu erklären: „es ist schwer durch Christus, leicht durch Maria selig zu werden.“ Einem Marienverehrer kann nichts schaden, selbst nicht sein irdisches Leben. Wenn er nur dabei zu Maria betet, so rettet sie ihn zuletzt doch! Von Luther aber weiß Viguori zu erzählen, „der Teufel habe, in Gestalt eines Tröblers in sein elterliches Haus aufgenommen, mit seiner Mutter Umgang gehabt, und so habe sie dies verfluchte Kind empfangen.“

Gleich den Jesuiten halten die Redemptoristen Volksmissionen. Nach der Auehrung ihres „heiligen“ Stisters zu schließen, werden sie dabei schwerlich den Frieden unter Protestanten und Katholiken zu fördern suchen. Schon Ludwig I. von Bayern hat sie als „verkappte Jesuiten“ bezeichnet, und noch im Jahre 1846 hat ein hervorragender katholischer Geistlicher Bayerns, Kuland, erklärt: „der frankische Klerus in seiner Mehrheit bedarf der Redemptoristen nicht.“ Der frankische Klerus in seiner Mehrzahl wünscht sie nicht.

So dachte man vor 50 Jahren über die Redemptoristen, und jetzt kommen sie wieder nach Deutschland zurück, als die Vorläufer und Wegbereiter der Jesuiten!

Tagesgeschichte.

Die Nordlandreise unseres Kaiserpaars verläuft fortgesetzt in angenehmer Weise. Seit Sonntag Nachmittag verweilen die Majestäten im Stalheim-Hotel am Ende des malerischen Nördbohl, von wo aus sie Ausflüge in die wildromantische Umgebung unternehmen. Am Montag Abend brachte der Kaiser bei Tafel einen Trinkspruch auf die Königin von Schweden anlässlich des Geburtsfestes derselben aus. Am Dienstag Mittag unternahm das Kaiserpaar mit Gefolge einen Spaziergang nach dem durch seine Lage berühmten Ort Sudvöngan.

Die „Berl. Berleuztg.“ schreibt: Einiges Aufsehen hat es erregt, daß eine sächsische Polizeibehörde mehrere sozialdemokratische Redakteure aus ihrem letzten Wohnort ausgewiesen hat. Im Publikum und auch in mehreren Blättern ist gestraft worden, ob das denn angehe, da das Sozialistengesetz mit seiner Ausweisungsbefugniß nicht mehr besteht. Darauf ist zu erwidern, daß die Polizeibehörden das Recht des Aufenthaltverbots allerdings haben, insofern die betreffenden Personen schon Strafe verbüßt haben und insofern die landesgesetzlichen Bestimmungen die Polizei mit derart weitgehenden Rechten ausgerüstet haben. Es ist ein Jertbum, daß das Freizügigkeitgesetz und die Reichsgesetze über das gemeinsame Indigenat für ganz Deutschland nebst den entsprechenden Heimaths- und Niederlassungsgesetzen die ganze, hier in Betracht kommende Materie erschöpfen. Nach den preussischen bezüglichen Bestimmungen können Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu erwarten ist, jederzeit ausgewiesen werden. In Sachsen ist das entsprechende Landesgesetz weit jüngeren Datums als in Preußen; es datirt vom 25. April 1886, ist also mit dem vollen Bewußtsein einer wesentlichen Einschränkung des Freizügigkeitgesetzes für das Deutsche Reich erlassen worden. Das dies geschehen konnte, erklärt sich aus dem Freizügigkeitgesetz selber, wonach die Geltung dieses Gesetzes ihre Grenze an denjenigen landesgesetzlichen Bestimmungen findet, die Aufenthaltverbote für bestrafte Personen anordnen. Der einzige Unterschied zwischen der Ausweisungsberechtigung, wie sie das Sozialistengesetz gegeben hatte und derjenigen, wie sie die Landespolizeibehörden nach Partikulargesetzen haben, ist der, daß zur Ausweisung unter dem Sozialistengesetz nicht eine vorangegangene Bestrafung des Auszuweisenden nöthig war.

Der Bierkrieg in der Reichshauptstadt geht, nachdem der Versuch einer Verständigung zwischen den beiden kämpfenden Parteien an der Halsstarrigkeit der sozialdemokratischen Boykottkommission gescheitert ist, mit „allen Chicanen“ weiter. Einerseits haben sich die vereinigten Brauereien, Wirthe und Saalinhaber noch fester aneinandergeschlossen, andererseits wird von den Sozialdemokraten der Boykott mit größtem Nachdruck zur Geltung gebracht. Hieher gehört die Erklärung des Boykotts gegen sämtliche dem Ringe angehörige Brauereien, sowie der Versuch der Boykottkommission, die verschauten Berliner Biere durch Hofer und Zürcher Biere zu ersetzen.

Ueber den Stand des Bierboykotts in Berlin gab in einer am Freitag abgehaltenen Versammlung des Vereins Berliner Gastwirthe der Vorsitzende der Saalkommission der Gastwirthe, Hubertus Jacobi, einen Bericht. Nach demselben befindet sich der Boykott in einem für die Gastwirthe günstigen Stadium. Mit wenigen Ausnahmen haben sich sämtliche Saalbesitzer Berlins und aller seiner Vororte der Saalsperre

angeschlossen. Es sind insgesammt 351 Saalbesitzer, welche sich verpflichtet haben, ihre Säle weder zu sozialdemokratischen und anarchischen Versammlungen, noch zu Vergnügungen und Festlichkeiten sozialdemokratischen, bezw. anarchischen Gesellschaften zu bewilligen. Es sind nur 27 Saalbesitzer — von denen nur einzelne über größere, die meisten aber nur über mittlere und kleine Säle verfügen — welche sich der Saalsperre noch nicht angeschlossen haben. Er bedauere, daß es überhaupt noch Gastwirthe giebt, welche in einem solchen Kampfe ihren augenblicklichen persönlichen Vortheil höher achten, als das Gesamtwohl ihres Standes. Von den Inhabern der wenigen größeren Säle, mit welchen der „Vorwärts“ paradiere, liegen bereits Erklärungen vor, daß sie sich gleichfalls der Saalsperre anschließen würden, wenn es in der Saalkommission möglich wäre, ihre Konkurrenz gleichfalls hierzu zu veranlassen. Die Saalkommission habe es an Thätigkeit zur Erreichung des Zieles nicht fehlen lassen und ihre Arbeit sei von den besten Erfolgen gekrönt. Aus allen industriellen und gewerblichen Kreisen sei dem Vorgehen der Gastwirthe und Saalbesitzer die größte Sympathie entgegen gebracht worden. Alle diese Kreise würden die Saalbesitzer, welche sich der Saalkommission angeschlossen haben, durch Abhaltung von Versammlungen und Vergnügungen unterstützen. Die Behörden stehen gleichfalls auf Seiten der Gastwirthe. Der Polizeipräsident von Berlin habe für sich persönlich eine namhafte Geldsumme zur Unterstützung der Gastwirthe in diesem Kampfe der Saalkommission überwiesen und sich außerdem eine Liste derjenigen Saalbesitzer ausgebeten, welche sich der Saalkommission angeschlossen haben. Was die Höhe der vorhandenen Unterstützungsmittel anbelangt, so bitte er, von der Nennung derselben in dieser Versammlung Abstand nehmen zu wollen und sich mit der Erklärung der Saalkommission zu begnügen, daß Geldmittel reichlich vorhanden sind.

Die Aussichten auf eine noch zu erzielende handelspolitische Verständigung zwischen Deutschland und Spanien sind jetzt endgiltig geschwunden. Dieser Tage erschien der spanische Botschafter in Berlin beim Reichskanzler Grafen Caprioli und trug demselben den Wunsch der spanischen Regierung vor, es möchte Deutschland und Spanien ein nochmaliges handelspolitisches Provisorium mit einander abschließen, was aber Graf Caprioli rundweg abgelehnt haben soll. Diese Stellungnahme des leitenden Staatsmannes des Reiches ist eine durchaus korrekte und den Verhältnissen entsprechende. Mindestens ein halb Duzend Mal ist schon das bislang bestandene handelspolitische Provisorium zwischen Deutschland und Spanien verlängert worden, was deutscherseits stets unter der Voraussetzung geschah, daß es baldigst zu einem Handelsvertrag zwischen beiden Staaten kommen werde. Aber die offenkundige Verschleppungspolitik der schutzöllnerischen Mehrheit des spanischen Parlaments gegenüber dem vom deutschen Reichstage längst genehmigten Handelsvertrag bewies, daß die spanischen Cortes ein definitives Zustandekommen desselben nicht wünschten, und auf diese Haltung hat jetzt der Reichskanzler die einzig richtige Antwort gegeben. Allerdings wird wohl die entschiedene Verweigerung der nochmaligen Verlängerung des Zollprovisoriums mit Spanien nunmehr den Zollkrieg zwischen Deutschland und Spanien in seiner vollen Schärfe aufleben lassen, insofern dürfte das deutsche Reich die fatalen Wirkungen eines solchen Zustandes gewiß weit besser aushalten, als das wirtschaftlich viel schwächere Spanien.

Memel, 9. Juli. Das „Memeler Dampfboot“ meldet: Das sieben Meilen von hier entfernte russische Grenzstädtchen Plunjan ist durch einen ungeheuren Brand vollständig vernichtet worden. 370 Häuser wurden zerstört; über 2000 Menschen sind obdachlos; einige Kinder sind in den Flammen umgekommen. Der gesammte Viehbestand ist vernichtet.

Paris, 9. Juli. Der heute Vormittag unter dem Vorsitz Casimir Periers stattgefundene Ministerrath stellte den Text des gegen die Anarchisten gerichteten Gesetzesentwurfes fest. Der Entwurf umfaßt 4 Artikel. Der erste verweist die durch die Presse bezugenen Vergehen vor die Justizpolizeigerichte, der zweite wendet sich gegen die Propaganda durch jederlei Mittel; der dritte bestimmt, daß die Gefängnisstrafe, sobald diese ein Jahr übersteigt, in Einzelhaft verbüßt werden und mit Landesverweisung verbunden sein muß. Der vierte endlich setzt Gefängnisstrafe auf die Veröffentlichung der Prozesse gegen die Anarchisten. — Die radikalen Blätter greifen den Entwurf des neuen Anarchistengesetzes sehr scharf an und betonen, daß sich der Gesetzesentwurf nicht gegen die Anarchisten, sondern gegen die Pressefreiheit richte. Auch einzelne gemäßigtere Blätter finden das in dem Entwurf aufgenommene Verbot der Veröffentlichung von Berichten über die Gerichtsverhandlungen gegen Anarchisten dem Prinzip nach bedenklich und meinen, daß die richtige Maßregel gegen die Anarchisten eine Reorganisation der Polizei wäre.

Odesa, 9. Juli. Schiffbruch. Der aus Sebastopol nach Odesa abgegangene russische Passagierdampfer „Wladimir“ stieß in der vorigen Nacht mit einem italienischen Dampfer zusammen. Der „Wladimir“ ging unter. Ein Theil der Passagiere wurde gerettet, doch sollen gegen 60 Personen ertrunken sein.

Wer sich einen annäherungsweise Begriff von dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate machen will, hat nur nöthig, die neuesten Telegramme von den Heldenthaten des amerikanischen Streikpöbels zu lesen und zu überdenken. In Chicago, Sacramento, Dafoille und vielen anderen Orten ist das Ideal der Sozialdemokratie verwirklicht oder doch seiner Verwirklichung nahe. Der Mob hat das Heft in der Hand, macht den Gebrauch davon, der ihm paßt. Wäre die Gemeinschaft der sozialdemokratischen Genossen so engelrein, so uneigennützig gerecht, so erbarmen über alle niederen Leidenschaften und Regungen, wie man es im „Vorwärts“ alle Tage lesen kann, im Gegensatz zu der als die Verkörperung aller Verworfenheit und Lasterschuldigkeit hingestellten Bourgeoisie, so müßten jetzt in Chicago u. s. w. wahrhaft elysische, paradiesische Anstandszustände herrschen. Statt dessen zeigt uns die Wirklichkeit ein Bild von dämonischer Schmutzlichkeit, einen wahren Hellsabbath der wüthendsten Erzfisse des Streikpöbels, Verbrechen, welche in der Kriminalgeschichte aller Zeiten vergebens ihres Gleichen suchen würden, und als Seitenstück der vollständigen Vertherheit des Pöbels eine Haltung der Behörden, welche im Grunde nur als Fortsetzung derselben lauen Taktik erscheint, die das Uebel bis zu seinem jetzigen katastrophenartigen Umfange heranwachsen ließ. Wir zweifeln nicht, daß die Bundesrepublikgewalt der Union schließlich der Krise Herr werden und den Mob, wenn es sein muß, mit Blut und Eisen zum Respekt von Gesetz, Sitte und Ordnung zurückführen wird, aber wie viel ideale und materielle Werte haben inzwischen zu Grunde gehen müssen, um ein Resultat zu erzielen, dessen man sich viel eher und viel mühseliger hätte vergewissern können, wäre man rechtzeitig gegen die Hege eingegriffen. Europa würde, angesichts der dreifachen Entwicklung der Umsturzbewegung, sehr unweise handeln, wollte es sich gegenüber den amerikanischen Sozialistengreueln auf den paradiesischen Selbstgerechtigkeitsstandpunkt zurückziehen. Auch bei uns ist die sozialdemokratische anarchische Bewegung im vollen Vormarsch nach den gleichen Zielen begriffen, wie jenseits des Atlantics. Und wenn sie auch äußerlich harmloser thun, wie z. B. in Deutschland, so wird sich durch diese Heuchelei kein einsichtiger Politiker täuschen lassen. In Amerika ist das stehende Heer gleich Null, die Miliz ist im höchsten Grade unzuverlässig und militärisch fast wertlos. Das weiß der Mob und darum glaubt er ungestraft die Masse abwerfen, den vollen Terrorismus walten lassen zu dürfen. Bei uns liegt der Schutz des Bestehenden fast einzig und allein in der Stärke der öffentlichen Sicherheitsorgane — Polizei, Gendarmerie und hinter ihnen, als letzter nie versagender Rückhalt, die Armee. Wäre dem anders, wir würden kein Haar besser daran sein als die Amerikaner, denn der Umsturz fürchtet auf der weiten Welt nichts, aber auch absolut nichts als die Ueberlegenheit der materiellen Gewalt; auf das Gesetz „pfeift“ er, Religion und Sitte mißachtet er, Recht und Billigkeit tritt er mit Füßen. Nicht umsonst konzentriert die sozialdemokratische Hegepropaganda die ganze Fülle ihres Hasses auf den „Militarismus“ und macht die Verwirklichung ihrer sorgfältigst geheim gehaltenen letzten Ziele von der vorgängigen Erlegung des „Molocho“ abhängig. Was am letzten Ende der propagandistischen Hege gegen das Bestehende lauert, zeigen uns die gegenwärtig auf amerikanischem Boden sich abspielenden Vorgänge in erschreckender Häßlichkeit.

Kirchennachrichten aus Wilsdruff.

Am 8. Sonntag nach Trinitatis
Vorm. 8 Uhr Gottesdienst, Predigt über Röm. 8, 12—17.

Gemeindediener Gesuch.

Die Gemeindedienerstelle in Kesselsdorf soll den 1. Okt. d. J. event. auch früher besetzt werden. Geeignete Bewerber wollen ihre Gehaltsansprüche nebst Zeugnisse bis 1. August d. J. an Unterzeichneten einreichen oder sich persönlich melden.

Kesselsdorf, den 11. Juli 1894.

Enlig, G.-Bld.

Eine Bandsäge

mit Degopiersäge für Fußbetrieb, noch in gutem Zustande, ist wegen Aufstellung einer großen, preiswerth zu verkaufen.

Wilsdruff. Friedrich Haschke, Drechslermstr.

Gutmöblirtes Logis,

Wohn- und Schlafstube, zu vermieten. Beeger, Thierarz.

Fremdliche Wohnung,

bestehend aus Stube und Kammer, für sofort oder später zu vermieten. Gest. Anfragen durch die Exp. d. Bl.

Ein Tischlergeselle

wird sofort gesucht von Th. Porich.

Erzgebirgische Gewerbe- und Industrie-Ausstellung zu Freiberg in Sachsen 1894.

Am 14. und 15. Juli 1894:

Rinderschau

mit Prämiirung aus Staatsmitteln.

Am 15. Juli 1894:

Ziegenschau.

Ausstellungsplatz: Alter Schiessplan.

Der Ausstellungs-Vorstand.